

oder ob sie eine Art Spielwiese für linke Intellektuelle bieten. Allerdings kommt das Kapitel über Parteiorganisation erfrischend zupackend daher und gibt durch die parallele Darstellung mehrerer europäischer Arbeiterparteien neue Einblicke. Zu Recht betonen Padgett und Paterson, daß die Veränderungen in Sozialstruktur und Organisation mindestens so dramatisch gewesen seien wie die programmatischen und daß sozialdemokratische Parteien in diesem Bereich sehr viel von den Charakteristika verloren hätten, die sie ursprünglich von den bürgerlichen Parteien unterschieden. Im Kapitel über sozialdemokratische Regierungen gelingt es den Autoren, die ganze Komplexität sozialdemokratischer Politik, die sich eindeutig von der konservativen zu unterscheiden schien, darzustellen. Allerdings fragen sie abschließend sehr nachdenklich, ob sozialdemokratische Wohlfahrtsstaaten sich in ihrer Qualität von anderen liberal-kapitalistischen Staaten unterschieden hätten, zumal dann, wenn man davon ausgeht, daß die Entfaltung des Sozialstaates in der Logik von Industriegesellschaften angelegt und eine allgemeine Tendenz zu einer ausgeglicheneren Einkommensverteilung zu beobachten gewesen sei.

Die Untersuchung von Padgett und Paterson ist insoweit innovativ, als die Verfasser Gemeinsamkeiten und Differenzen der Entwicklung, Politik, Programmatik und Struktur verschiedener europäischer sozialdemokratischer Parteien herauszuarbeiten versuchen. Zuweilen hätte man sich gewünscht, daß der Vergleich noch schärfer zugespitzt, Differenzen noch deutlicher kontrastiert, Parallelen stärker hervorgehoben und die Analyse in den Kontext jeweiliger nationaler politischer Kulturen eingebettet worden wären. Doch jeder, der vergleichend zu arbeiten versucht hat, weiß, vor welche Aufgabe er gestellt ist, eine so leichthin formulierte Forderung zu realisieren. Die beiden Autoren stoßen immerhin zu dem Punkt vor (und übertreffen hier viele andere Arbeiten), an dem sie für die europäische Sozialdemokratie und ihre Parteien relevante Fragen und Probleme zu formulieren vermögen. Insgesamt kommen sie zu dem Ergebnis, daß die sozialdemokratischen Traditionen sich abgeschwächt haben und von denen anderer politischer Strömungen schwerer unterscheidbar sind. Die Nachkriegszeit habe eine programmatische Annäherung an den Liberalismus gebracht. Organisatorisch hätten die europäischen Sozialdemokratien sich von ihren außerparlamentarischen Wurzeln und vom Ethos der Solidargemeinschaft verabschiedet. Das ursprünglich proletarische soziale Profil der sozialdemokratischen Wähler und Mitglieder habe sich immer mehr verwischt. Genau hier liegt aber die Herausforderung für den demokratischen Sozialismus: Kann er seine spezifischen Charakteristika, die ihn in der Geschichte von anderen Parteien und Bewegungen unterschieden haben, bewahren oder gehen sie endgültig verloren?

*Peter Lösche, Göttingen*

Richard T. Griffiths (Hrsg.), *Socialist Parties and the Question of Europe in the 1950s*, Brill, Leiden 1993, 280 S., geb., 125 hfl.

Das Interesse an den historischen Wurzeln der Europäischen Integration nach dem Zweiten Weltkrieg hat in den letzten Jahren, begünstigt durch die zunehmende Zugänglichkeit des Archivmaterials, zu einer regen Forschungs- und Publikationstätigkeit geführt. Bestimmten zunächst nur Untersuchungen zur Regierungspolitik der einzelnen Länder die Forschungslandschaft, so wird diese inzwischen auch immer mehr in die Bereiche der gesellschaftlichen Gruppen hinein ausgeleuchtet.

Der hier vorliegende Sammelband bündelt nun Teilaspekte beider Untersuchungsfelder, fanden sich doch die sozialistischen Parteien Europas in den 1950er Jahren teils in der Regierungsverantwortung – wie zeitweise in Frankreich, Großbritannien oder regelmäßig in den Niederlanden –, teils zur Opposition verdammt – wie in der Bundesrepublik oder in

wichtigen Phasen in Italien. Zweifelsohne hatten sie sich – in welcher Rolle auch immer – damit auseinanderzusetzen, wie die Ziele der Sozialistischen Internationale, die eigenen nationalen Ziele und die Perspektiven europäischer Einigung in eine Balance zu bringen waren, die weder programmatische Vorgaben und politische Überzeugungen noch die Notwendigkeit der Realpolitik ignorierte.

Wie diese je eigene Balance ausfiel, analysieren überblicksartig sowohl jüngere Forscher, die überwiegend dem Forschungsumfeld des vom Herausgeber geleiteten Projekts »Die Geschichte der Europäischen Gemeinschaften« am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz entstammen, als auch längst renommierte Historiker und Politikwissenschaftler. Sie entfalten dabei ein Spektrum, das über die o. g. Länder hinaus Belgien, Dänemark, Norwegen, Schweden, Österreich und Spanien umspannt – und sich damit nicht auf das »Europa der Sechs« beschränkt –, und das durch Interviews mit den Zeitzeugen Christian Pineau, Mario Zagari und Marinus van der Goes von Naters komplettiert wird.

Der Herausgeber selbst steuert einen einleitenden Aufsatz zur Haltung der Sozialistischen Internationale zur »Europäischen Frage« bei. Dabei verdeutlicht er, daß es auf diese Frage *die* Antwort sozialistischer Parteien nicht gab, sondern die Einschätzungen sowohl zwischen als auch innerhalb der nationalen Parteien sehr vielschichtig und durchaus gegensätzlich sein konnte, und daß die Bemühungen der Internationale, einen Konsens zu finden, entweder fehlschlügen oder einen nichtssagenden Kompromiß zutage förderten. Griffiths akzentuiert besonders den reaktiven Charakter der Internationale auf die Probleme Kreise europäischer (Wirtschafts-)Verflechtungen und deutscher Wiederbewaffnung: Ohne eigenes Konzept zu einer »sozialistischen« Supranationalität habe die Internationale weder die öffentliche noch die politische Meinung prägen können (S. 22).

Dennoch bleibt dieser Beitrag schemenhaft und blaß, wird doch das Blickfeld auf die Kongresse von COMISCO und Internationale eingeschränkt und die »Europäische Frage« zu sehr auf die Entwicklung zur EWG zugespitzt, ohne daß Alternativen wie die Bemühungen um eine Freihandelszone – in ihren Vorstellungen eines ausgedehnten Wirtschaftsliberalismus sozialistischen Vorgaben freilich noch weniger entsprechend – auch nur erwähnt würden. Die nötige Farbe und Differenzierung bringen daher erst die einzelnen länderspezifischen Untersuchungen, deren Darstellungs- und Interpretationsvielfalt selbst die Aufsätze zu den bekannteren Fallbeispielen Frankreich und Deutschland als den »Motoren« europäischer Einigung dokumentieren können:

So verfolgen für Frankreich Wilfried Loth (1947 bis 1954) und Denis Lefebvre (1954–1957) die Anpassung der sozialistischen Partei SFIO an die Etablierung der europäischen Institutionen. Protagonisten europäischer Einigung seit Kriegsende, entzweite die Debatte um die Verteidigungsgemeinschaft die französischen Sozialisten; das Konzept der »Dritten Kraft« konnte nicht mehr binden, was die unterschiedliche Haltung zu einem wiederbewaffneten Deutschland in einer Europa-Armee spaltete. So konstatiert Loth zwar durchaus die Fähigkeit, den Nachkriegskonstellationen Rechnung zu tragen, aber gleichzeitig auch eine immer geringer werdende sozialistische Handschrift bei den europäischen Entscheidungen (S. 41 f.). Lefebvre hingegen beobachtet eine Gradlinigkeit von 1948 bis 1957, in der diese Handschrift überall auszumachen sei (S. 56). Der Autor vergibt sich aber durch seine zunehmende Personalisierung sozialistischer Politik in Premierminister Mollet und den Verzicht auf die inhaltlichen Kontroversen zu Sozialharmonisierung und staatlichen Interventionsrechten auf dem Weg zur EWG die Chance zu facettenreicherer Darstellung und glättet damit das Gesamtprofil so, daß der Leser das Fazit nur widerwillig nachvollziehen kann.

Auch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands widmen sich zwei Autoren, die zunächst beide von der Feststellung ausgehen, daß die SPD zu Beginn der 1950er Jahre die Westbindung der Bundesrepublik in der vorgesehenen Form einschließlich ihrer Institutionen ablehnte, aber binnen eines Jahrzehnts zum engagierten Verfechter europäischer In-

tegration avancierte. Um diesen Wandel zu erklären, analysiert Rudolf Hrbek die Haltung der Partei von 1945 bis 1957 zur europäischen Einigung im allgemeinen und zu den einzelnen Projekten im besonderen, während Jürgen Bellers einen integrationstheoretischen Zugriff wagt, der den Zeitraum ab 1957 ins Visier nimmt. Dabei messen beide dem Profilwechsel der Partei im Rahmen des Godesberger Programms 1959 zentrale Bedeutung bei; Hrbek verzeichnet allerdings schon seit 1955 eine positive Haltung zur EWG – in der Sicht der SPD habe diese Form ökonomischer Integration mögliche Wiedervereinigungsverhandlungen mit der Sowjetunion, im Gegensatz zu den politisch-militärischen Initiativen 1952–54, nicht gefährdet (S. 75). Streicht der Autor auch die Kurzsichtigkeit dieser Wahrnehmung heraus, so bleibt er doch die tieferen Gründe des Meinungswandels innerhalb der SPD schuldig. Bellers hingegen sucht diese in einem prozeßhaft geänderten Weltbild der Partei. Der Wandel konkretisiert sich nach seiner Analyse auch erst um 1960: Die SPD sieht sich mit der »step by step«-Integrationspolitik der EWG in großen Zügen konform und betrachtet die bisherigen Erfolge als Grundlage einer stabilen und reformierten Wirtschafts- und Sozialpolitik, die sie aktiv unterstützen kann (S. 80).

Die skizzierten Untersuchungen formulieren bedenkenswerte Beobachtungen und Überlegungen, verweisen aber auch auf das Manko – oder den Verdienst – jedes Sammelbandes: Knappe Aufsätze zu komplexen Fragen wecken geradezu das Bedürfnis nach zusätzlichen Informationen und Antworten.

Erst in der Gesamtschau des Sammelbandes erschließen sich die Bandbreite der Forschungsansätze, die je eigenen Ausgangspunkte und Problemstellungen und letztlich auch die unterschiedliche Flexibilität der sozialistischen Parteien in Europa: der italienischen Sozialisten in der Profilierung gegenüber den Kommunisten, der Labour Party in der Verteidigung erster Wohlfahrtsstaatserfolge, der SPÖ in Erwartung und dann unter den Bedingungen des Staatsvertrages von 1955, der unter dem Franco-Regime verbotenen und exilierten PSOE – um nur einige Beispiele zu nennen. Und gerade die bisher weniger beachteten Länderstudien versprechen Spannung und neue Horizonte. Verschieden in Niveau und Zugangsweise, bieten jedoch alle Beiträge Einblicke in die Zwänge und Spielräume von nationalen sozialistischen Parteien in ihrer Auseinandersetzung mit übernationalen Konzepten, in der die Internationale kaum Orientierung bot. Sowohl derjenige, der bereit ist, sich von der Nichtexistenz eines monolithischen und dogmatisch dominierten sozialistischen Blocks überzeugen zu lassen, als auch derjenige, der an Einzeluntersuchungen interessiert ist, sollte sich von diesem Buch anregen lassen.

*Frank Bärenbrinker, Essen*

Eckhardt Trox, Karl Grün (1817–1887). Eine Biographie, Stadt Lüdenscheid, Lüdenscheid 1993, 101 S., pb., 30 DM.

Die Forschung zur politischen Literatur im Vormärz war lange Zeit sehr stark auf Marx und Engels fixiert, so daß die Zeitgenossen, vor allem ihre Antipoden, weitgehend aus deren Blickwinkel beurteilt wurden. Zu ihnen rechnet der Literat Karl Grün (1817–1887) aus dem westfälischen Lüdenscheid, dessen Biographie durch den dortigen Leiter des Stadtmuseums, Eckhardt Trox, vorgestellt wird. Da es sich hierbei um einen Begleitband zu einer Ausstellung handelt, wählt der Verfasser bewußt den »Mittelweg zwischen exakter historischer Methode und leichter Lesbarkeit«. Er verzichtet deshalb auf eine ausführliche Darstellung zeitgenössischer philosophischer Kontroversen. So ist für den normalen Besucher eines Stadtmuseums ein gut lesbares und anschaulich bebildertes Buch entstanden, das am Beispiel dieser »Lokalgröße« auch Nicht-Historikern die soziale Frage und die Überlegungen zu ihrer Lösung im Vormärz verständlich macht. Wenn auch nicht in seiner Geburts-